

Gemeinsame Erklärung europäische Umweltpolitiker zur notwendigen Fortsetzung des Kyoto-Protokolls

In dieser Woche tritt das Kyoto-Protokoll, der völkerrechtliche Vertrag zur Eindämmung der globalen Erderwärmung, in Kraft. In Erinnerung an die im Vorfeld dieses Protokolls aufgetretenen Schwierigkeiten und unter Berücksichtigung der Bedeutung des Klimaschutzes ist dieser Vorgang als historisches Ereignis zu bezeichnen. Anstatt in die Vergangenheit zu schauen und zu feiern sollte das Inkrafttreten für uns aber vielmehr Anlass zur Betrachtung der gewaltigen Aufgabe sein, die uns im Kampf gegen den gefährlichen Klimawandel bevorsteht. Aus vielen Gründen müssen wir die Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen vorantreiben. In der vergangenen Woche kam eine internationale Arbeitsgruppe in ihrem Bericht für den britischen Premierminister Tony Blair zu dem Schluss, dass die für die globale Erwärmung verantwortliche Umweltverschmutzung ein "gefährliches" Niveau erreicht und die Welt binnen eines Jahrzehnts den Punkt überschritten haben könnte, an dem der Klimawandel "unumkehrbar" ist. In den kommenden zwei Jahrzehnten ist eine Reduzierung der Emissionen um mehr als 30 % erforderlich, um die für mehrere Milliarden Menschen bedrohlichen Veränderungen in Bezug auf das Wetter und das Ansteigen des Meeresspiegels zu verhindern. Zwar lässt das Kyoto-Protokoll noch viele Wünsche offen, bietet aber gleichzeitig den einzigen sinnvollen Rahmen für die Bewältigung dieser Herausforderung mithilfe konzertierter weltweiter Maßnahmen. Die europäischen Länder, Russland, Kanada und Japan haben deshalb auch nach dem Ausstieg der Vereinigten Staaten am Kyoto-Protokoll festgehalten, und dies völlig zu Recht. *Wenn es nach den Amerikanern gegangen wäre, wäre das Kyoto-Protokoll gescheitert.* Das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls hingegen bringt auch die Vereinigten Staaten als größtem Verursacher von Umweltproblemen in Zugzwang. Das Kyoto-Protokoll wäre auch ohne die USA bis zum Jahr 2012 überlebensfähig, hätte aber nach diesem Zeitpunkt kaum eine Chance, da dann die ernsthafte und umfangreiche Reduzierung von Emissionen umgesetzt werden muss. Der Versuch der Einbindung der USA in den Post-Kyoto-Prozess durch Verwässerung der aktuellen Klimavereinbarungen hat sich als wenig Erfolg versprechend herausgestellt, da für den Klimaschutz letztlich weniger eine abgespeckte denn eine verschärfte Fassung des Kyoto-Protokolls vonnöten ist. Wir schlagen daher die Umsetzung einer anderen Möglichkeit vor: Ausübung von

wirtschaftlichem Druck durch Grenzausgleich und Ausgleichszölle. Solange die USA sich nicht der übrigen Welt im Kampf gegen Klimaveränderungen anschließen, sollte die Europäische Union Steuern auf die Einfuhr von Waren aus den Vereinigten Staaten erheben und alternativ die im Rahmen der Ausfuhr europäischer Waren in die USA entstehenden Herstellungsmehrkosten ausgleichen. *Glücklicherweise würde eine europäische Klimaabgabe für Erzeugnisse aus den USA nur für einen kleinen Produktbereich gelten, z.B. Stahl, Chemikalien, Zement und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die meisten Industriebereiche würden von der umweltpolitischen Maßnahme nicht beeinträchtigt, sondern würden vielmehr von den damit einhergehenden Innovationen und Energieeinsparungen profitieren.* Wir verkennen nicht, dass Handelshemmnisse das Risiko einer Eskalation des insbesondere zwischen den USA und der EU schwelenden Handelsstreits mit sich bringen. Dessen ungeachtet sind wir fest davon überzeugt, dass nun endlich ernsthafte weltweite Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden müssen.

Einer der strittigsten Punkte bei der Einführung von Handelshemmnissen im Zusammenhang mit Maßnahmen gegen den Klimawandel ist offenbar die Frage, ob diese auch bei der WTO Bestand haben. Wir glauben, dass dies der Fall ist. Die Gründer der *New Economics Foundation* sind dieser Frage detailliert nachgegangen und haben auf überzeugende Weise belegen können, dass die Europäische Union gute Aussichten hat, aus einem möglichen Streit über den Grenzausgleich als Sieger hervorzugehen. Ausgleichszölle sind klimabezogene Handelsbeschränkungen. Die WTO gestattet den Staaten die Erhebung von Ausgleichszöllen zum Ausgleich von Wettbewerbsvorteilen, die ausländische Unternehmen durch den Erhalt von Subventionen seitens ihres Heimatstaates genießen. In diesem Fall gewähren die Vereinigten Staaten zwar keine direkten Subventionen, begünstigen aber indirekt ihre Industrie dadurch, dass sie diesen keine umweltpolitischen Maßnahmen auferlegt. Die Anwendung von Ausgleichsbeschränkungen ist insbesondere gegenüber Ländern gestattet, mit denen "in Treu und Glauben der Abschluss einer internationalen Vereinbarung" angestrebt wurde. Dieser Grundsatz wurde im Zusammenhang mit dem berühmten Schildkröten-Garnelen-Fall 1996 festgelegt. Im Hinblick auf das Kyoto-Protokoll wird deutlich, dass die EU und weitere Länder sich sehr ernsthaft um den Abschluss einer internationalen Klimavereinbarung unter Einbeziehung der Vereinigten Staaten bemüht haben. Im Mai 2004 wies der

damalige europäische Handelskommissar Pascal Lamy ebenfalls auf die Möglichkeit wirtschaftlicher Maßnahmen hin: "Man muss auch stets den durch die Bestimmungen der WTO vorgegebenen Handlungsspielraum prüfen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen".

Seit 1997 ist die EU der Auffassung, dass die Strategie und Taktik der 'Übernahme der Vorreiterrolle' und Anpassung des Protokolls an die Wünsche der USA am ehesten den Interessen der Welt dient. Leider hat diese Strategie die Amerikaner nicht überzeugt, und nichts spricht dafür, dass sich daran während der zweiten Amtszeit der Regierung Bush und auch nach deren Ablauf etwas ändert. Bei der Bekämpfung des Klimawandels läuft uns einfach die Zeit davon. Aus diesem Grund muss diese Strategie um gewisse Elemente erweitert werden. Auf der Grundlage der derzeit geltenden Bestimmungen der WTO wäre es deshalb effizient, angemessen und gerechtfertigt, wenn die Europäische Union wirtschaftliche Maßnahmen einsetzt, z.B. Handelsbeschränkungen gegenüber Ländern, die sich nicht an das Kyoto-Protokoll halten. Der internationalen Gemeinschaft bleibt kaum etwas anderes übrig, um angesichts rasch fortschreitender Klimaveränderungen und Katastrophen diese dringend erforderliche Vereinbarung voranzubringen.

Valerio Calzolaio, DS, Italien
Christin Hagberg and Carina Ohlsson, Socialdemokraterna, Schweden
Torben Hansen, Socialdemokraterne, Dänemark
Ulrich Kelber, SPD Deutschland
Bart Martens, SP-A Belgien
Genevieve Perrin Gaillard, Frankreich
Diederik Samsom, PvdA Niederlande
Alan Simpson, Labour Party, Großbritannien